

**Rede von Landtagspräsidentin Birgit Hesse
am 12. Juni 2024
anlässlich der Bestätigung der Landesverfassung durch einen
Volksentscheid von 30 Jahren**

Es gilt das gesprochene Wort!

„Anrede,

heute auf den Tag genau vor 30 Jahren ist am 12. Juni unsere Landesverfassung durch einen Volksentscheid bestätigt worden.

Darin heißt es in Artikel 3 – ich zitiere: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen sowie durch die Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Diese zwei Sätze besagen, dass die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern als Souverän alle gemeinsam über die Zusammensetzung von Parlamenten und der Kommunalvertretungen entscheiden, welche dann zahlreiche uns unmittelbar betreffende Belange regeln.

Am Sonntag waren die Menschen in unserem Bundesland dazu aufgerufen, darüber zu entscheiden, welche Kandidatinnen und Kandidaten aus Deutschland in das Europaparlament einziehen und wer in den hiesigen Kommunalvertretungen in den kommenden fünf Jahren Verantwortung tragen soll. Großartig finde ich, dass die Beteiligung an den Wahlen sich im Vergleich zum Geschehen vor fünf Jahren deutlich erhöht hat. Knapp zwei Drittel aller Wahlberechtigten haben ihre Stimmen abgegeben. Die Steigerung ist ein Erfolg und belegt, dass die Menschen sich dafür interessieren, wie es weitergeht mit der Entwicklung unseres Landes.

Das Ergebnis zu bewerten steht mir nicht zu. Aufgabe der Parteien und Wählervereinigungen ist es nun, mit den Ergebnissen vom vergangenen Sonntag umzugehen und politisch darauf zu reagieren. Hierfür braucht es keine Ratschläge einer Parlamentspräsidentin.

Anrede,

das Grundgesetz, dessen 75. Geburtstag wir am 23. Mai gefeiert haben, ist das Fundament unserer Demokratie, unserer freiheitlichen Gesellschaft, des Föderalismus und damit auch unseres Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben die im Grundgesetz verfassten Rechte bis zur Friedlichen Revolution 1989 nicht für sich reklamieren geschweige denn leben

dürfen. Seit dem 3. Oktober 1990 gilt das Grundgesetz auch auf dem Gebiet unseres Bundeslandes. Heute mag das als Selbstverständlichkeit angesehen werden, eine solche ist es jedoch nicht. Im Herbst 1989 sind mutige Frauen und Männer in der ehemaligen DDR für Freiheitsrechte eingetreten und haben viel riskiert für das, was heute den grundlegenden rechtlichen Rahmen unserer Gesellschaft darstellt.

Wie aber steht es um diesen Rahmen? Mit Blick auf das Grundgesetz und unsere Landesverfassung behaupte ich, dass das auf diesem Fundament errichtete „Haus namens Demokratie“ und auch dessen Ausstattung exzellent sind. Das Fundament trägt, die Mauern und Decken sind stabil errichtet. Dieses Haus allerdings ist kein Selbstzweck. Es wurde gebaut für die Menschen. Nur: Im Haus herrscht aktuell schlechte Stimmung!

Mit Händen zu greifen ist: Es gibt sehr viele Menschen in unserem Bundesland, in Deutschland und auch anderen Staaten der Europäischen Union, die offensichtlich unzufrieden sind. Dies mit seinem Stimmverhalten zum Ausdruck zu bringen ist weder falsch noch verwerflich. Andersherum wird ein Schuh daraus: Die Menschen dürfen genau das! Wird Unzufriedenheit auf diese Weise artikuliert, dann sind wir alle gut beraten, dies zur Kenntnis zu nehmen. Von erhobenen Zeigefingern in Richtung der Wählerinnen und Wähler ist abzusehen. An den zitierten Artikel 3 der Landesverfassung und den darin beschriebenen Souverän sei hier erinnert.

Wenden möchte ich mich deshalb von dieser Stelle aus an die Bürgerinnen und Bürger: Es war wichtig und in jedem Fall richtig, dass Sie sich an den Wahlen beteiligt haben – ganz egal für welche Partei oder Person sie gestimmt haben. Wichtig ist jedoch auch, dass nicht nur aufgezeigt wird, was nicht gut ist, sondern auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung zu machen!

Ermutigen und auffordern möchte ich Sie dazu, sich weiter einzumischen! Demokratie bedeutet nicht, alle paar Jahre zur Wahl zu gehen und ausschließlich über diesen Weg Zustimmung oder eben Unzufriedenheit zu äußern. Demokratie ist und kann so viel mehr! Bringen Sie sich ein! Sorgen Sie auf diese Weise mit dafür, dass sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt und Ihre ganz persönlichen Interessen sich wiederfinden. Schreiben Sie Parteien oder Abgeordnete an, melden Sie sich in Medien mit Leserbriefen zu Wort, reichen Sie beim Petitionsausschuss des Landtages Bitten, Beschwerden oder auch Anregungen ein! Demonstrieren Sie gemeinsam mit anderen Menschen oder sammeln Sie Unterschriften für bzw. gegen Vorhaben in Ihrer Region. Wenden Sie sich an den Bürgerbeauftragten, besuchen Sie Abgeordnete in deren Wahlkreisbüros, reden Sie mit anderen Menschen

über das, was Sie umtreibt und tragen all das in Richtung der Politikerinnen und Politiker! Von all dem lebt unsere Demokratie!

Gerade heute möchte ich darauf verweisen, dass wir über eine ausgesprochen moderne Landesverfassung verfügen, in der zum Beispiel sehr niedrige Quoren für Volksinitiativen und Volksentscheide festgeschrieben sind. Auch auf diese Weise lässt sich daran mitwirken, Entwicklungen zu beeinflussen.

Wer womit auch immer zufrieden oder unzufrieden ist, kann, soll und darf sich äußern. Insbesondere diese Menschen möchte ich auffordern, die von mir genannten Formen der Mitwirkung zu nutzen. Das bringt uns nach meiner festen Überzeugung als Gesellschaft insgesamt voran.

Diejenigen, die auf unterschiedlichsten Ebenen politische Verantwortung tragen fordere ich umgekehrt auf, solches Engagement unbedingt ernst zu nehmen. Keinesfalls sollte vorgebrachte Kritik abgetan oder gar verächtlich gemacht werden – so sie respektvoll und entlang der demokratischen Regeln vorgebracht wird.

Den Begriff „respektvoll“ verwende ich bewusst, denn ich habe den Eindruck, dass in vielen Bereichen der Gesellschaft unsere Streitkultur gelitten hat. Das gilt auch für politische Diskussionen, aber längst nicht nur dort. Unterschiedliche Positionen, Meinungen oder auch Werte sind beim Ringen um Mehrheiten meiner festen Überzeugung nach kein Problem. Entscheidend ist, wie wir mit den sich daraus ergebenden Zielkonflikten umgehen. Es kommt immer häufiger vor, dass nicht mehr abgewogen wird. Mitunter wird sich sogar nicht einmal mehr zugehört. Oft entsteht der Eindruck, nicht was jemand sagt ist von Belang, sondern wer etwas sagt. Gut oder böse, richtig oder falsch, wahr oder unwahr – so lauten oft die Pole. Auf der Strecke bleibt wirkliche Kommunikation. Weil das so ist, verkümmert der Austausch von Argumenten an manchen Stellen regelrecht. Ich werbe für das, was uns Rita Süßmuth hier an dieser Stelle ans Herz gelegt hat: „Bedenke immer“, so habe ihr Vater sie gelehrt, „das Argument des Anderen könnte richtig sein“. Wer sich dies zu eigen macht, streitet wertschätzend. Es geht darum, mit Stil um Lösungen zu ringen statt sie brachial zu erkämpfen. Wenn sich alle Beteiligten gesehen und ernst genommen fühlen, können Entscheidungen auch sehr knapp ausfallen und werden dennoch akzeptiert. Wichtig ist es, dass der demokratische Entscheidungsprozess von allen Beteiligten auf Augenhöhe geführt wird. Überheblichkeit und Aggressivität gehören dort nicht hin. Streitkultur als etwas Konstruktives zu begreifen, darin liegt für mich der Schlüssel. Dazu gehört dann am Ende auch, eine mehrheitlich getroffene Entscheidung - die vielfach ohnehin einen Kompromiss darstellt - zu akzeptieren. Wer sich durchsetzt mit seinen Vorstellungen, hat nicht gewonnen. Umgekehrt hat

die andere Seite nicht verloren. In der Demokratie werden Spannungsfelder ausgelotet – auf der Grundlage der vom Souverän auf Zeit verliehenen Mandate und Ämter.

Anrede,
lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Werte und Prinzipien unserer Verfassung und unseres Grundgesetzes zu bewahren und zu stärken.

All diejenigen, die wie wir politische Ämter übernommen haben, sehe ich dabei in besonderer Verantwortung. Der Plenarsaal unseres Parlamentes ist der zentrale Ort der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Die Menschen schauen auf uns. Die Werte des Grundgesetzes wie auch der Landesverfassung zu leben und im besten Sinn zu verkörpern, ist Auftrag an uns alle. Lassen Sie uns um die besten Wege ringen und lassen Sie uns hart in der Sache streiten. Aber: Lassen Sie uns dabei stets respektvoll miteinander umgehen. DAS ehrt die Mütter und Väter der Regelwerke, die wir heute würdigen.

Anrede,
wir alle sind darauf angewiesen, dass Menschen sich in vielfältiger Weise für unseren Staat einsetzen – ehrenamtlich oder hauptberuflich. Immer wieder kommt es allerdings vor, dass Politikerinnen und Politiker verbal oder gar körperlich attackiert werden. Wir haben ebenfalls nicht erst im jüngsten Wahlkampf erlebt, dass Wahlplakate verunstaltet oder beschädigt wurden. Dazu sage ich ganz klar: Wer Gewalt gegen Sachen oder gar Menschen für ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung hält, tritt die Werte unseres Grundgesetzes mit Füßen! Derlei ist durch nichts zu rechtfertigen und muss konsequent strafrechtlich verfolgt werden.

Anrede,
mit Entsetzen haben wir vor wenigen Tagen zur Kenntnis nehmen müssen, dass in Baden-Württemberg ein junger Polizeibeamter durch eine Messerattacke auf dem Mannheimer Marktplatz mitten aus dem Leben gerissen wurde. Er starb in Ausübung seines Dienstes für unsere Gesellschaft. Das ist unfassbar! Unsere Gedanken sind bei der Familie des Opfers.

Anrede,
ich möchte Sie bitten, sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen zu einer Schweigeminute zu erheben.

(...)

Vielen Dank.“